



Empfehlungen zum Umgang mit der AfD



Lebenshilfe

Impressum

Bundesvereinigung Lebenshilfe e.V.
Raiffeisenstraße 18
35043 Marburg
Tel. 06421 491-0, Fax 06421 491-167

Hermann-Blankenstein-Straße 30
10249 Berlin
Tel. 030 206411-0, Fax 030 206411-204

bundesvereinigung@lebenshilfe.de
www.lebenshilfe.de

Zeichnungen: © Reinhild Kassing

Titelfoto: ©Bundesvereinigung Lebenshilfe e.V.

Stand: April 2024

Zusammenfassung in einfacher Sprache:

Die Lebenshilfe setzt sich für Menschen mit Behinderung ein.

Die Lebenshilfe sagt:

Es ist normal verschieden zu sein.

Die Lebenshilfe hat für das Wahlrecht für alle gekämpft.

Denn:

Alle gehören zur Gesellschaft, niemand soll ausgeschlossen sein.

Die Alternative für Deutschland ist eine Partei. Kurz: AfD.

Die AfD wertet Menschen ab, die Unterstützung brauchen.

Zum Beispiel: Menschen aus anderen Ländern,

Menschen mit Behinderung und Krankheiten.

Die AfD grenzt Menschen damit aus.

Auch andere Gruppen in Deutschland machen das.

Das nennt man „Rechts-Extremismus“.

Die Lebenshilfe steht für Teilhabe und Vielfalt.

Daher hat sie beschlossen:

AfD und Lebenshilfe passen nicht zusammen.

Es ist wichtig, dass die Lebenshilfe sagt:

Wir finden schlecht, was die AfD macht.

Auch viele andere Verbände sagen das.

Sie haben einen gemeinsamen Text geschrieben:

Wir sind für Menschlichkeit und Vielfalt.

Er steht am Ende dieses Heftes.

In diesem Heft steht außerdem:

So können sich Lebenshilfe-Vereine gegen die AfD wehren.

So können sie gut für eine vielfältige Gesellschaft kämpfen.

Dafür steht die Lebenshilfe

Die Bundesvereinigung Lebenshilfe mit ihren 16 Landesverbänden und 477 örtlichen Vereinigungen bekennt sich zu den Werten des Grundgesetzes. Die

Lebenshilfe steht für Offenheit, Vielfalt, Teilhabe und Inklusion. Sie tritt entschieden gegen jegliche Form der Ausgrenzung und Diskriminierung ein.

Dafür steht die AfD

Die rechtspopulistische, in Teilen rechtsextreme Partei „Alternative für Deutschland“ (kurz: AfD) steht für das genaue Gegenteil. Sie stellt unsere Demokratie in Frage, lehnt eine vielfältige, inklusive Gesellschaft ab und grenzt Menschen aus, die nicht in das homogene völkisch-nationalistische Weltbild der AfD passen. Fakten werden dabei bewusst verzerrt und verfälscht. Tabubrüche und menschenverachtende Sprache sind an der Tagesordnung. Wut und Angst werden geschürt, Beleidigungen und sogar Gewalttaten in Kauf genommen. Das führt zu einer Spaltung der Gesellschaft und einer immer stärkeren Radikalisierung der AfD.

Die gesamte AfD und ihre Jugendorganisation „Junge Alternative“ (JA) werden schon seit einiger Zeit vom Verfassungsschutz als rechtsextreme Verdachtsfälle beobachtet. Die Junge Alternative und einige AfD-Landesverbände gelten mittlerweile als gesichert rechtsextrem. Der thüringische AfD-Landesvorsitzende Björn Höcke darf – gerichtlich bestätigt – als „Faschist“ und „Nazi“ bezeichnet werden.

Auf der Suche nach neuen Wählergruppen verfolgt die AfD auch neue Strategien: Beschönigend wirbt sie mit dem Konzept des „Solidarischen Patriotismus“, der sich jedoch durch Ausgrenzung und Diskriminierung einzelner Gruppen auszeichnet. So gibt sie vor, Forderungen sozialer Verbände zu übernehmen. Auf diese Weise will die AfD in den Medien positiver erscheinen und sich für von Ausgrenzung und Diskriminierung bedrohte Gruppen attraktiv machen. Ganze Wortpassagen aus Lebenshilfe-Positionierungen haben bereits Einzug in Forderungen der AfD gefunden.

Das politische Geschäftsmodell der AfD ist es, Verunsicherungen und Krisen in der Gesellschaft durch Angstmake auf der einen und Scheinlösungen auf der anderen Seite für die Wählermobilisierung zu nutzen. Auch die Corona-Pandemie wusste die AfD für sich zu nutzen und suchte mit Unterstützung der Querdenken-Demonstrationen die Nähe zu engagierten zivilgesellschaftlichen Gruppen.

Lebenshilfe und AfD sind unvereinbar!

Am 21. März 2017 haben der Bundesvorstand der Lebenshilfe und die Bundeskammer (Gremium aller Landesvorsitzenden) in einem gemeinsamen Beschluss deutlich gemacht, dass Lebenshilfe und AfD unvereinbar sind.

Das Fundament der Lebenshilfe ist die Arbeit von Lebenshilfe-Gründer Tom Mutters nach dem Zweiten Weltkrieg. Aussagen von Parteimitgliedern der AfD zur deutschen Erinnerungskultur stehen im völligen

Gegensatz zu den Werten der Lebenshilfe. Das gilt insbesondere mit Blick auf das Gedenken an die Opfer der „Euthanasie“-Morde in der Nazi-Zeit. Die Lebenshilfe steht für ein „Nie wieder!“ und für das Lebensrecht von Menschen mit Behinderung. Ihre Mission ist seit mehr als 65 Jahren Teilhabe statt Ausgrenzung!

Mit dem Appell „Wachsam sein für Menschlichkeit“ und einer großen Anzeige in der Frankfurter Allgemeinen

Sonntagszeitung vom 22. April 2018 reagierte die Bundesvereinigung Lebenshilfe gemeinsam mit anderen Verbänden auf eine Anfrage der AfD im Bundestag. Die AfD-Fraktion erkundigte sich vordergründig nach der Zahl behinderter Menschen in Deutschland. Dabei gaukelte sie jedoch in bösartiger Weise einen abwegigen Zusammenhang von Inzucht, behinderten Kindern und Migrant*innen vor. Die AfD-Anfrage erinnerte an die dunkelsten Zeiten der deutschen Geschichte, in denen Menschen mit Behinderung das Lebensrecht aberkannt wurde und sie zu Hunderttausenden Opfer des Nationalsozialismus wurden.

Am 22. November 2019 wandten sich die Lebenshilfe und andere Verbände erneut gegen eine Anfrage der AfD – dieses Mal mit einer Anzeige in der Süddeutschen Zeitung. Es ging um Straftaten und das angebliche Gefahrenpotential von psychisch kranken Flüchtlingen. Die AfD-Fraktion im Bundestag erkundigte sich vordergründig und ausgehend von Einzelfällen nach Daten über eine nach Meinung der AfD bestehende Bedrohung der Gesellschaft. Geflüchtete Menschen, die traumatisiert oder psychisch krank sind, wurden damit unter Generalverdacht gestellt.

Für das Superwahljahr 2021 entwickelte die Bundesvereinigung Lebenshilfe in enger Zusammenarbeit mit dem Paritätischen Gesamtverband die Aktion „WIR für Menschlichkeit und Vielfalt“, an der sich rund 750 Verbände, Organisationen und Initiativen beteiligten. Ziel der erfolgreichen Aktion war, dass die Bürger*innen ihre Stimme bei den vielen Wahlen im Jahr 2021 für Demokratie und Freiheit einsetzen und an der Urne rechtspopulistischen und rechtsextremen Kräften wie der AfD keine Chance geben sollten. Zeitgleich dazu formulierte die Bundesvereinigung Lebenshilfe Empfehlungen zum Umgang mit der AfD, die sie ihren Mitgliedsorganisationen erstmals im März 2021 zur Verfügung stellte.

Im August 2023 erschütterte dann ein Fernseh-Interview des MDR mit dem thüringischen AfD-Vorsitzenden Björn Höcke das demokratische Deutschland. Höcke sagte: „Unter anderem müssen wir das Bildungssystem auch befreien von Ideologieprojekten, beispielsweise der Inklusion, beispielsweise auch dem Gendermainstream-Ansatz. Alles das sind Projekte, die unsere Schüler nicht weiterbringen, die unsere Kinder nicht leistungsfähiger machen und die nicht dazu führen, dass wir aus unseren Kindern und Jugendlichen die Fachkräfte der Zukunft machen.“

Lebenshilfe-Bundesvorsitzende Ulla Schmidt gab daraufhin dem Nachrichten-Magazin „Der Spiegel“ folgendes Statement: „Wir sind entsetzt über die Auslassungen von Herrn Höcke im MDR-Sommerinterview zum Thema Inklusion. Deutschland hat im Jahr 2009 die UN-Behindertenrechtskonvention ratifiziert und sich zum Recht auf gleichberechtigte Teilhabe für alle Menschen bekannt. Dieses Recht in Frage zu stellen, erachten wir als Tabubruch und schlicht als Skandal. Angesichts dieser menschenfeindlichen Haltung können wir nur ahnen, wie Herr Höcke mit Menschen mit Behinderung umgehen möchte. Das bestätigt unsere Beschlusslage, dass AfD und Lebenshilfe nicht vereinbar sind. Wir kämpfen weiter für Demokratie und dafür, dass Kinder gemeinsam aufwachsen, Solidarität und Empathie füreinander entwickeln, Fairness im Umgang miteinander lernen, und dabei selbstverständlich wahrnehmen, welche Fähigkeiten und liebenswerte Eigenschaften das Gegenüber hat, unabhängig von Behinderungen.“

Wesentliche Teile aus diesem Statement wurden vom Spiegel veröffentlicht und von unzähligen Medien weiterverbreitet. Ulla Schmidt und die Lebenshilfe wurden so in der Öffentlichkeit als kraftvolle Stimme für Kinder mit Behinderung und schulische Inklusion wahrgenommen. Außerdem beteiligte sich die Lebenshilfe erneut gemeinsam mit anderen Verbänden an einer Anzeige mit dem Titel „Es geht uns alle an“, die am 27. August 2023 in der Zeitung „Welt am Sonntag“ erschien. Die Anzeige fordert die Zivilgesellschaft auf, sich Höcke und der AfD entschlossen entgegenzustellen.

Wie sehr die AfD die Inklusion von Menschen mit Behinderung ablehnt, ist in einer Analyse nachzulesen, die Jan Riebe von der Amadeu-Antonio-Stiftung verfasst hat:

<https://www.belltower.news/afd-fuer-homogenitaet-in-volk-und-klassenzimmer-155195/>

Wer einmal glaubte, die AfD werde bald wieder in der Versenkung verschwinden, hat sich geirrt. Angesichts

- der Wahlerfolge und steigender Umfragewerte der AfD,
- der gewalttätigen Auswüchse bei Demonstrationen fremdenfeindlicher Gruppen wie der AfD-nahen „PEGIDA“ (Abkürzung für: Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes),
- der Übergriffe und Anschläge auf jüdische Bürger*innen und Einrichtungen unseres Landes,

- der breiten Unterstützung der Querdenken-Demonstrationen, die von den Organisatoren akzeptiert wird,
 - der Attentate auf Politiker*innen und Mitbürger*innen mit Migrationshintergrund,
 - der Angriffe auf die Symbole der deutschen Demokratie wie bei den Tumulten vor und im Berliner Reichstag 2020
 - und der zahllosen Hass-Kommentare im Internet
- ist es unerlässlich, dass sich die Zivilgesellschaft der AfD entgegenstellt und ihr konsequent den Nährboden entzieht, wie wir es auch mit der gemeinsamen Aktion „WIR für Menschlichkeit und Vielfalt“ getan haben.

Im Wahljahr 2024 ruft die Bundesvereinigung Lebenshilfe ihre Mitglieder dazu auf, sich bundesweit an Demonstrationen gegen Rechtsextremismus und die AfD zu beteiligen. Bundesvorsitzende Ulla Schmidt betont: „Unsere Demokratie ist in großer Gefahr. Spätestens nachdem bekannt wurde, dass sich AfD-Vertreter mit namhaften Rechtsradikalen in Potsdam getroffen haben, um massenhafte Abschiebungen auch deutscher Bürgerinnen und Bürger zu beraten, muss allen klar sein, was die Stunde geschlagen hat. Dieses Treffen weckt Erinnerungen an das dunkelste Kapitel unserer Geschichte, als die Nazis die Macht in unserem Land übernahmen. Wir alle müssen jetzt Flagge

zeigen. Ich bin daher sehr froh, dass nun endlich Tausende auf die Straße gehen, um der AfD und anderen rechtsextremen Kräften die Stirn zu bieten. Mit der Europawahl und den Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen stehen in diesem Jahr wieder wichtige Wahlen an. Sie werden darüber entscheiden, ob unsere Demokratie wehrhaft bleibt oder weiter beschädigt wird. Jetzt ist der Staat aufgerufen, ein Verbot der AfD zu prüfen.“

Bundesvorstand und Bundeskammer der Lebenshilfe haben daraufhin beschlossen, für die anstehenden Wahlen eine Empfehlung gegen die AfD auszusprechen. Unter dem Motto „Teilhabe statt Ausgrenzung. Keine Stimme für die AfD.“ ist dazu Presse- und Öffentlichkeitsarbeit geplant, an der sich die Landesverbände und örtlichen Lebenshilfe-Vereinigungen beteiligen können.

Außerdem haben Vorstand und Kammer entschieden, sich als Lebenshilfe der Kampagne „#Zusammenland - Vielfalt macht uns stark“ anzuschließen. Das ist eine Initiative verschiedener Leitmedien (DIE ZEIT, Süddeutsche Zeitung, Tagesspiegel und weitere), der auch Wirtschaftsunternehmen und andere Verbände wie die Aktion Mensch beigetreten sind.

Die Bundesvereinigung Lebenshilfe gibt daher folgende Empfehlungen:

Laden Sie die AfD nicht zu Lebenshilfe-Veranstaltungen ein!

Weil die AfD jede Gelegenheit nutzt, ihre menschenverachtenden Ansichten zu verbreiten, rät die Bundesvereinigung davon ab, AfD-Vertreter*innen zu Lebenshilfe-Veranstaltungen wie Vereinsfeste, Tage

der offenen Tür oder die Eröffnung neuer Einrichtungen einzuladen. Bieten Sie der AfD keine Bühne. Sie allein haben das Hausrecht und entscheiden, wen Sie einladen und wen nicht.

Seien Sie bei politischen Veranstaltungen gut vorbereitet!

Wenn Sie beispielsweise in Wahlkampfzeiten eine politische Diskussion mit den Kandidat*innen der im Parlament vertretenen Parteien planen, dann gelten auch in diesem Fall Ihre Gestaltungsfreiheit und das Hausrecht. Sie müssen die AfD nicht einladen. Es ist vertretbar, nicht alle Parteien und deren Kandidat*innen einzuladen. Falls Sie sich dennoch dazu entschließen, AfD-Vertreter*innen zu beteiligen, sollten Sie gut vorbereitet sein:

- Wappnen Sie sich mit inhaltlichen Argumenten.
- Nutzen Sie die Belege von Forschenden und Expert*innen, dass Positionen der AfD diskriminierend und demokratiefeindlich sind.
- Spielen Sie vorab Szenarien durch, wie die Diskussion verlaufen könnte.
- Stellen Sie klare Regeln für den Umgang miteinander auf: Lassen Sie nur Sachargumente, aber keinesfalls Provokationen und Beleidigungen zu. Verweisen Sie auf das Grundsatzprogramm der Lebenshilfe, das eine inklusive Gesellschaft einfordert und jegliche Ausgrenzung ablehnt.

- Engagieren Sie eine Moderator*in, die den rhetorisch bestens geschulten AfD-Vertreter*innen gewachsen ist.
- Rechnen Sie immer damit, dass auch im Publikum AfD-Anhänger*innen sein könnten. Das gilt auch für Gäste anderer Lebenshilfe-Veranstaltungen.
- Engagieren Sie gegebenenfalls Sicherheitspersonal, das Störer*innen aus dem Saal weisen kann.

Informieren Sie sich auch in der Broschüre zum Umgang von Nichtregierungsorganisationen mit demokratiefeindlichem Populismus bei öffentlichen Veranstaltungen von „Das Progressive Zentrum“: https://www.progressiveszentrum.org/wp-content/uploads/2022/04/Countering-Populism_Umgang-von-Nichtregierungsorganisationen-mit-demokratiefeindlichem-Populismus-bei-oeffentlichen-Veranstaltungen-2.pdf

Geben Sie der AfD keine Chance, sich als Opfer darzustellen!

Wird die AfD von Veranstaltungen ausgeschlossen oder selbst hart attackiert, sieht sie sich gerne in der Opfer-Rolle. Halten Sie dem entgegen, dass die AfD ständig und vorsätzlich – wie oben beschrieben

– gegen Regeln des Anstands und der Demokratie verstößt und daher nicht erwarten kann, zu Veranstaltungen eingeladen zu werden. Verweisen Sie auch hier auf das Grundsatzprogramm der Lebenshilfe.

Weisen Sie Unterstützungsangebote und Einladungen der AfD zurück!

Wenn Sie ein Projekt planen, gehen Sie keine Kooperation mit der AfD ein, lassen Sie sich zum Beispiel auf keinen Handel mit der AfD-Fraktion im Gemeinderat ein. Nehmen Sie von der AfD weder Spenden noch andere Unterstützungsangebote an.

Es kann vorkommen, dass die AfD Sie als Vertreter*in der Lebenshilfe zu einem Fachgespräch oder einer anderen Veranstaltung einlädt oder bei Anhörungen befragt. Auf diese Weise will sich die AfD einen demokratischen Anstrich geben und gesellschaftliche Akzeptanz vortäuschen. Lassen Sie sich nicht vor den Karren der AfD spannen. Lehnen Sie die Einladung mit Verweis auf unser Lebenshilfe-Grundsatzprogramm, der gemeinsamen Erklärung „WIR für Menschlichkeit und Vielfalt“ und der davon abweichenden Haltung der AfD ab. Erläutern Sie bei Anhörungen Ihre grundsätzliche Position und vermeiden Sie es, auf die Übernahme von Positionen der Zivilgesellschaft durch die AfD positiv einzugehen. Steht Ihnen eine solche Situation bevor, bereiten Sie sich darauf gezielt vor und stärken sich mit Unterstützung anderer.

Mittlerweile gibt es AfD-Politiker*innen in öffentlichen Ämtern, etwa den Landrat im thüringischen Kreis Sonneberg. Daraus ergeben sich zwei Ebenen des Kontaktes: 1. die Verwaltungsebene, mit der ggf. über Vergütungsverhandlungen, neue Plätze und Angebote oder Ähnliches verhandelt werden muss. Hier sollten Sie strikt die Sachebene wahren und auf dieser verhandeln.

2. die repräsentative Ebene, auf der die Amtsträger auch persönliche Präsenz und Anerkennung erhoffen. Diese Ebene sollten Sie möglichst meiden, da solche Auftritte bei Empfängen oder Ähnlichem häufig unmittelbar in den Sozialen Medien dazu genutzt werden, um das Ansehen, des AfD-Politikers zu stärken. Hier gilt es, von Fall zu Fall zu entscheiden, ob Sie Einladungen annehmen oder ablehnen. In jedem Fall sollten Sie sich dazu öffentlich erklären. Das heißt: Wenn Sie etwa zum Jahresempfang eines AfD-Landrats oder -Bürgermeisters gehen, drücken Sie dort Ihren Protest gegen die rechtsextreme Politik der AfD aus. Schlagen Sie die Einladung aus, sagen Sie deutlich, warum Sie das tun.

Über repräsentative Anlässe will sich die AfD als bürgerliche und bürgernahe Kraft inszenieren und somit in der Bürgergesellschaft normalisieren. Lassen Sie sich nicht für die Normalisierung einer radikalen Partei instrumentalisieren! Egal ob Teilnahme oder Absage, weisen Sie in Ihren Statements stets darauf hin, dass die AfD Menschen diskriminiert und daher den Grundsätzen und Werten der Lebenshilfe widerspricht. Gleiches gilt für den Fall, dass Sie selbst der Veranstalter sind. Laden Sie den AfD-Landrat oder -Bürgermeister beispielsweise zum Lebenshilfe-Sommerfest ein, dann weisen Sie in Ihrer Begrüßungsrede auf die diskriminierende Politik der AfD hin. Wollen Sie AfD-Personen in öffentlichen Ämtern nicht dabei haben, begründen Sie auch dies damit, dass die AfD Minderheiten gezielt ausgrenzt.

Schweigen Sie nicht, wenn sich die AfD in Ihrer Region diskriminierend verhält!

Um der AfD zu zeigen, dass die Mehrheitsgesellschaft auf der Seite der Demokratie steht, bilden Sie regionale Bündnisse für Inklusion und üben Sie Solidarität mit Menschen, die von der AfD diskriminiert werden. Geben Sie auch gemeinschaftliche Statements gegen-

über der Öffentlichkeit ab, wie etwa die Erklärung aus der Aktion „WIR für Menschlichkeit und Vielfalt“ oder wie die Bundesvereinigung Lebenshilfe mit den oben genannten Zeitungsanzeigen.

Aber nicht auf jede Provokation der AfD sollte man reagieren, schließlich generiert die Partei ihre öffentliche Aufmerksamkeit auch über ein permanentes Reiz-Reaktions-Schema. Ob man als Lebenshilfe auf eine Aussage der AfD reagieren sollte oder nicht, kann an folgender Frage bemessen werden: Diskriminiert oder attackiert die AfD eine Gruppe, für die sich die Lebenshilfe in ihrer Arbeit einsetzt? Wenn diese Frage bejaht wird, dann hat die Lebenshilfe die Pflicht, sich schützend vor diese Gruppe zu stellen und unmissverständlich klarzumachen: *Diese Diskriminierung durch die*

AfD akzeptieren wir nicht! Ohne diese Klarstellung könnte die diskriminierte Gruppe das Gefühl bekommen, in unserem Land nicht mehr gewollt und sicher zu sein. Diesem Eindruck gilt es unmissverständlich durch die Ausübung einer Schutzfunktion vorzubeugen. Bei der Gegenrede sollte die ursprüngliche Aussage der AfD nicht wortwörtlich wiederholt werden, um sie nicht ungewollt zu verstärken. Stattdessen sollte der Fokus auf den Bruch gesellschaftlicher Werte und Normen gelegt werden.

Machen Sie Lebenshilfe-intern deutlich, dass Sie menschenverachtende Äußerungen und Handlungen von Mitarbeitenden und Mitgliedern nicht dulden!

Laut einem internen AfD-Vorstandspapier aus dem Jahr 2019 geht es der AfD um einen „Marsch durch die Organisationen“, worunter sie die Besetzung von „Schlüsselpositionen“ in lokalen zivilgesellschaftlichen Organisationen durch AfD-Mitglieder versteht, um ihrem negativen Image in den Medien durch persönliche Kontakte im sozialen Umfeld von Menschen entgegenzuwirken. Lassen Sie Ihre Vereinigung nicht für die Etablierung der AfD in der lokalen Bürgergesellschaft instrumentalisieren! Stellen Sie sicher, dass allen in Ihrer Vereinigung (Mitgliedern und Mitarbeitenden) bekannt ist, dass Lebenshilfe und AfD nicht vereinbar sind. Überprüfen Sie Ihre Satzung und Arbeitsverträge, ob Sie im Falle von menschenverachtenden Äußerungen und Handlungen rechtliche Schritte einleiten können. Zum

Beispiel wenn Mitarbeitende oder Mitglieder über Facebook oder andere soziale Netzwerke Hass-Kommentare verbreiten.

Die Bundesvereinigung Lebenshilfe stellt in ihrem internen Internet-Bereich eine Mustersatzung zur Verfügung, an der Sie sich orientieren können. Grundsätzlich ist möglich: Personen, die durch Äußerungen oder ihr Verhalten gegen Vereinsziele der Lebenshilfe wie die Inklusion verstoßen, müssen nicht als Mitglieder aufgenommen werden oder können nachträglich ausgeschlossen werden. Bei Nachfragen zur Satzungsgestaltung wenden Sie sich bitte an das Rechtsreferat der Bundesvereinigung Lebenshilfe: recht@lebenshilfe.de.

Stellen Sie Informationen zum Umgang mit der AfD zur Verfügung und bieten Sie Fortbildungen an!

Oft gibt es im Verein und in der Belegschaft große Unsicherheiten im Umgang mit Vertreter*innen der AfD und große Unkenntnis über das wahre Gesicht der AfD. Daher bitten wir Sie nachdrücklich, die Empfehlungen der Bundesvereinigung Lebenshilfe allen in Ihrer Vereinigung zugänglich zu machen. Zudem sollten Sie regelmäßig interne Fortbildungen zu Strategie und Inhalten der AfD durchführen. Verbunden mit Argumentationstrainings, rechtlichen Tipps und Schulungen in der Öffentlichkeitsarbeit, wie etwa ein durch AfD-Anhänger*innen ausgelöster Shitstorm in Ihren Sozialen Netzwerken bewältigt werden kann.

Die Initiative „Kleiner Fünf“ (der Name spielt auf die Fünf-Prozent-Hürde bei Wahlen an) hat sich zum Ziel gesetzt, Menschen dabei zu unterstützen, sich im Alltag aktiv gegen Rechtspopulismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit einzusetzen. Im persönlichen Gespräch, so der Ansatz der Initiative, könne jede und jeder im eigenen Umfeld entschlossen, sachlich und „radikal höflich“ Stellung gegen Menschenfeindlichkeit und Hass beziehen. Wie das funkti-

oniert, bringen kurze Videos auf der Kampagnenseite <https://radikalehoeflichkeit.de/> auf den Punkt.

„Kleiner Fünf“ zeigt außerdem auf, wo die Gefahren rechtspopulistischer und rechtsextremer Einflüsse liegen. Das Angebot reicht von aufmerksamkeitsstarken Kampagnen über Argumentationsleitfäden bis hin zu buchbaren Workshops. Mehr Informationen in der Rubrik „Materialien“ unter: <https://www.kleinerfuenf.de>

Auf <https://www.campact.de/> sind die „10 Argumente, warum die AfD unwählbar ist“ hilfreich für Diskussionen mit AfD-Anhänger*innen. Es wird etwa erklärt, wie AfD-Politik die Meinungsfreiheit, den Klimaschutz, die Sicherheit und den Wohlstand in unserem Land gefährdet.

Weitere Anlaufstellen/Ressourcen:

- <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/>
- <http://www.bundesverband-mobile-beratung.de>
- <http://www.countering-populism.de>
- <https://cemas.io>

Erklärung „WIR für Menschlichkeit und Vielfalt“

www.wir-fmv.org



Eintreten für Menschlichkeit und Vielfalt!

Als Initiativen, Einrichtungen und Verbände, die sich für Inklusion und Teilhabe von Menschen mit Behinderung oder psychischer Beeinträchtigung einsetzen, wenden wir uns gegen jegliche Form von Ausgrenzung und Diskriminierung. Wir treten ein für Menschlichkeit und Vielfalt.

Und wir sind nicht alleine: Wir stehen für Millionen Menschen in Deutschland, die das Auftreten und die Ziele von Parteien wie der Alternative für Deutschland (AfD) und anderer rechter Bewegungen entschieden ablehnen. Die AfD hat vielfach gezeigt, dass sie in ihren Reihen Menschen- und Lebensfeindlichkeit duldet. Sie fördert Nationalismus, Rechtspopulismus und Rechtsextremismus.

Diese Entwicklung macht uns große Sorgen. Denn heute ist wieder an der Tagesordnung, was in Deutschland lange als überwunden galt: Hass und Gewalt gegen Menschen aufgrund von Behinderung, psychischer und physischer Krankheit, Religion oder Weltanschauung, sozialer oder ethnischer Herkunft, Alter, sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität sowie nicht zuletzt gegen Personen, die sich für eine offene und vielfältige Gesellschaft engagieren.

Das ist nicht hinnehmbar und muss aufhören! Wir sagen NEIN zu jeglicher Ideologie der Ungleichwertigkeit von Menschen. Die Würde des Menschen ist unantastbar!

Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass:

- sich Hass und Gewalt nicht weiter ausbreiten können,
- niemand das Recht auf Leben von Menschen mit Behinderungen in Frage stellen darf und
- Menschen nicht ausgegrenzt, benachteiligt und diskriminiert werden.

Wir lassen nicht zu, dass in Deutschland eine Stimmung erzeugt wird, die unsere Gesellschaft spaltet. Wir setzen uns ein für eine menschliche und lebenswerte Zukunft für uns alle!

www.wir-fmv.org

Erklärung „WIR für Menschlichkeit und Vielfalt“ in Leichter Sprache

Wir wollen ein Land für alle sein!

Alle Menschen gehören dazu.

Es ist egal:

- woher ein Mensch kommt
- und ob er eine Behinderung hat.

Niemand darf ausgeschlossen werden.

Davon sind viele Vereine und Einrichtungen überzeugt.

Zum Beispiel:

- die Diakonie

Das ist der Wohlfahrts-Verband der evangelischen Kirchen.

- Caritas

Das ist der Wohlfahrts-Verband der katholischen Kirche.

- die Lebenshilfe

Das ist der Selbst-Hilfe-Verband für Menschen mit Behinderung.

- der Anthropoi Bundesverband und die Anthropoi Selbsthilfe,
- der Bundesverband für körper- und mehrfach-behinderte Menschen
- und der Paritätische Wohlfahrts-Verband.

Diese Vereine setzen sich für Menschen mit Behinderung ein.

Oder für Menschen mit psychischen Erkrankungen.

Alle Menschen gehören dazu.

Mit dieser Meinung sind die Vereine und Einrichtungen **nicht** allein.

Sehr viele Menschen in Deutschland finden das auch.

Trotzdem gibt es viel Hass und Gewalt in Deutschland.



Schuld daran sind auch Gruppen und Parteien wie die AfD.
AfD ist die Abkürzung für: **A**lternative für **D**eutschland.
Der Hass und die Gewalt machen vielen Menschen große Sorgen.
Darum wehren sich jetzt Vereine und Einrichtungen dagegen.



Das fordern die Vereine und Einrichtungen

Unsere Vereine und Einrichtungen haben sich zusammen getan.
Damit wir gemeinsam vor Hass und Gewalt warnen können.
Die Vereine und Einrichtungen sagen:
Der Erfolg von Parteien wie der AfD macht uns große Sorgen.
Denn die AfD grenzt viele Menschen aus.
Das muss aufhören!
Weil alle Menschen gleich viel wert sind.
Niemand darf die Würde von einem Menschen verletzen.



Dafür setzen wir uns ein:

- Es darf **nicht** noch mehr Hass und Gewalt geben.
- Menschen mit Behinderung haben ein Recht auf Leben.
- Alle Menschen sollen gleich behandelt werden.
Niemand darf ausgeschlossen werden.
Niemand darf benachteiligt werden.

Das ist unser Ziel:

Die Menschen in Deutschland sollen zusammenhalten.
Alle Menschen sollen eine gute Zukunft haben.



Weitere Informationen und Materialien:

Informationsportal zum Themenfeld Rechtsextremismus der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb):

www.bpb.de/infopool

Broschüre von DER PARITÄTISCHE GESAMTVERBAND

Umsetzung des „Positionspapiers zu Rechtsextremismus und Politik der AfD“, insbesondere in Wahlkampfzeiten
Hinweise und Tipps zur Durchführung von Informations- und Diskussionsveranstaltungen ohne AfD-Vertreter*innen:

<https://www.der-paritaetische.de/publikationen/umsetzung-des-positionspapiers-zu-rechtsextremismus-und-politik-der-afd-insbesondere-in-wahlkampf/>

Ausgewählte Studien:

- Radikalisiert und etabliert. Die AfD vor dem Superwahljahr 2024 (OBS 2023):
https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/02_Wissenschaftsportal/03_Publicationen/AP59_AfD_Schroeder_Wessels.pdf
- Die distanzierte Mitte: Die neue Rechtsextremismus-Studie:
<https://www.fes.de/referat-demokratie-gesellschaft-und-innovation/gegen-rechtsextremismus/mitte-studie-2023>
- „Gib mir was, was ich wählen kann.“ Demokratie ohne Langzeitarbeitslose? Motive langzeitarbeitsloser Nichtwähler/-innen: <https://www.efas-web.de/index.php/archiv-beitraege-o-ton-arbeitsmarkt/269-gib-mir-was-was-ich-waehlen-kann-demokratie-ohne-langzeitarbeitslose-motive-langzeitarbeitsloser-nichtwaehler-innen>

Bundesvereinigung Lebenshilfe e.V.
Raiffeisenstraße 18
35043 Marburg
Tel. 06421 491-0, Fax 06421 491-167

Hermann-Blankenstein-Straße 30
10249 Berlin
Tel. 030 206411-0, Fax 030 206411-204

bundesvereinigung@lebenshilfe.de
www.lebenshilfe.de

